

HAMBURG

KOMPAKT

UMWELTHAUPTSTADT

Ideen-Zug lockt 50 000 Besucher

Die Ausstellung im „Zug der Ideen“, der am Jungfernstieg Station macht, erfreut sich großer Beliebtheit. Am Dienstag konnten die Veranstalter den 50 000sten Besucher begrüßen, wie eine Sprecherin der Umwelthauptstadt Hamburg mitteilte. Der Jubiläumsgast erhielt einen Gutschein für einen Besuch im Tierpark Hagenbeck. Sie freue sich, dass die Hamburger ebenso wie viele Besucher außerhalb der Stadt die Ausstellung so begeistert annehmen, sagte die Umweltsenatorin der Hansestadt, Jutta Blankau (SPD). Der „Zug der Ideen“ wurde im April in Hamburg eröffnet und tourte anschließend durch 18 europäische Städte. Die Schau stellt 50 umweltpolitische Projekte wie die Hafencity vor. Am Jungfernstieg in Hamburg können Besucher noch bis 20. Oktober einen Blick in die sieben Ausstellungscontainer werfen. *dapd*

FLUGHAFEN

Abheben im Simulationscenter

Mit dem sogenannten iPilot können Interessierte in Hamburg künftig zum Flugzeugpiloten werden. Im neuen „Flightcenter“ nahe dem Hamburger Flughafen erleben sie ab Mitte November an Flugsimulatoren, wie sich ein Airbus A320 oder ein Helikopter vom Typ Schweizer 300C fliegen lässt. „Der große Andrang beim Flughafen-Geboortstag hat gezeigt, welche hohe Affinität die Hamburger zum Thema Fliegen haben“, sagte der Gründer von iPilot, Wolfram Schleuter, am Dienstag in Hamburg. *dapd*

ANZEIGE



URTEIL

Gericht: Steuerhinweise in Formularen zu undeutlich

Die Hinweise im Kleingedruckten von Steuerformularen zu Unterhaltszahlungen sind zum Teil nicht ausreichend deutlich. Das hat das Finanzgericht Hamburg in einem am Dienstag veröffentlichten Urteil entschieden. Die Richter gaben der Klage eines Mannes statt, der seine Steuererklärung für 2008 abgegeben hatte, ohne seine Un-

terhaltszahlungen an seine Lebensgefährtin anzugeben. Als der Mann dies ein Jahr später nachholte, lehnte das Finanzamt die Berücksichtigung unter Verweis auf eine bestehende Frist ab. Zu Unrecht, wie das Hamburger Gericht jetzt befand. *dapd*

UNFALL

Säurebehälter bei Desy beschädigt

Bei Arbeiten im Hamburger Forschungsstandort Desy (Deutsches Elektronen-Synchrotron) in der Notkestraße (Bahrenfeld) ist es bei einem Versuch zu einer unbeabsichtigten chemischen Reaktion gekommen. „Dabei wurde ein Behälter mit Essigsäure, Flusssäure, Salpetersäure und Ethanol beschädigt“, sagte Feuerwehrsprecher Hendrik Frese. Einsatzkräfte unter Vollschutz beseitigten die ausgelaufenen Chemikalien. Menschen wurden bei dem Unfall nicht verletzt. *zv*

STEILSHOOP

Brandstiftung an Fahrzeug und Baumaschine

Innerhalb von sieben Minuten brannten in Steilshoop in der Nacht zu Dienstag eine Baumaschine und ein Mercedes Kastenwagen. In beiden Fällen liegt nach Angaben der Polizei Brandstiftung vor. Aus dem Kastenwagen wurde zudem Werkzeug gestohlen. *zv*

DULSBERG

Drogendealer bei seiner Freundin festgenommen

Rauschgiftfahnder haben in Hamburg fünf Verdächtige festgenommen. Die Polizisten stellten am Montag 1,4 Kilogramm Marihuana und fast 10 000 Euro Bargeld in einer Wohnung sicher. Nachdem Beamte den Aufenthaltsort des 22 Jahre alten Björn S. und mit Haftbefehl gesuchten Verdächtigen ermittelt hatten, verhafteten sie ihn und drei mutmaßliche Käufer. Auch die 26-jährige Mieterin der Wohnung in Dulsberg wurde festgenommen. *zv*

ANZEIGE

Vorbild Neuer Wall: SPD will Geschäftsstraßen aufhübschen

In keiner anderen Stadt investieren Immobilienbesitzer so hohe Summen ins Straßenbild

■ SPD-Abgeordneter Schmidt: Die Stadt soll weitere Initiativen von Grundeigentümern künftig unterstützen

■ Kritiker bemängeln, die Investoren erhielten zu viele Rechte im öffentlichen Raum

OLAF DITTMANN

Wenn Geschäftsstraßen einen neuen Anstrich vertragen könnten, verlassen sich Grundeigentümer immer seltener auf die Behörden und nehmen immer öfter selbst Millionen-Summen in die Hand. Sieben Jahre nach einer Gesetzesnovelle der CDU sind die Business Improvement Districts (BID) – so der Name solcher Projekte – in den Augen der SPD ein Erfolgsmodell. Die BID-Hauptstadt soll ihre Vorreiterrolle sogar noch weiter ausbauen. Hans-Jörg Schmidt, SPD-Bürgerschaftsabgeordneter, erklärt: „Durch die hohen Investitionen aus privater Hand entstehen Projekte, die die Stadt alleine gar nicht stemmen kann. Das ist eine Situation, in der beide Seiten gewinnen. Deswegen sollte die Stadt neue Initiativen weiterhin tatkräftig unterstützen.“

Bei BIDs arbeiten Behörden und Geschäftsleute eng zusammen. Für die mitunter hohen Millionensummen, die zur Verschönerung der Straßen nötig sind, kommen dabei aber ausschließlich Letztere auf – während sich die Behörden auf Planungshilfe und gelegentlich begleitende Tiefbauarbeiten beschränken. So wurden am Neuen Wall – dem Vorzeige-BID mit Vorbildcharakter für ganz Hamburg – und andere deutsche Großstädte – in den vergangenen Jahren knapp sechs Millionen Euro investiert. Zuletzt wurde das Projekt verlängert; weitere gut drei Millionen Euro warfen die Grundeigentümer in einen Topf.

Derzeit bestehen zehn BIDs, zwei weitere wurden bereits beendet. Damit ist Hamburg die unbestrittene Hauptstadt; nach Angaben der Stadtentwicklungsbehörde wurden deutschlandweit erst 13 ähnliche Projekte eingerichtet. Schon knapp 26 Millionen Euro flossen in neue Straßenbelege, Weihnachtsbeleuchtung oder etwa gemeinsame Werbeplakate. Insbesondere in der Innenstadt sind die Investitionssummen hoch. Jüngst si-



Der Neue Wall ist mittlerweile Vorbild für zahlreiche deutsche Einkaufsmeilen: Das Straßenpflaster finanzierten die Hauseigentümer selbst

cherten die Hausbesitzer rund um die Poststraße und Große Bleichen fünf Millionen Euro zu. Mit hohem Aufwand entsteht unweit entfernt in der Dammvorstraße zurzeit der „Opernboulevard“. Auch in Außenbezirken entstanden BIDs. Bergedorf ist stark vertreten, aber auch Wandsbek oder der Tibarg in Nien-

dorf. In Rissen scheiterten die Bemühungen hingegen.

Derzeit sind weitere sechs BIDs in Planung, zwei in der City, zwei in innerstädtischen Stadtteilen, zwei in Harburg. Laut Prognosen könnten damit erneut mehr als 13 Millionen Euro in die Infrastruktur fließen. Auf St. Pauli, im Niko-

lai-Quartier sowie in der Lüneburger Straße in Harburg sind die Anträge fortgeschritten. In der Mönckebergstraße, der Osterstraße und in der Straße Sand in Harburg dauert es noch etwas länger.

Offenbar ist die Akzeptanz hoch. Nach Angaben des Senates beschwerten sich bei den bestehenden BIDs nur wenige Anwohner. „Die BIDs wurden zum Erfolgsmodell“, ist der SPD-Mann Schmidt überzeugt. Die von privater Hand investierten Gelder hätten das Stadtbild deutlich aufgewertet und zur Attraktivitätssteigerung vor allem der City-Randbereiche beigetragen, meint Schmidt: „Das sieht man besonders an den Hohen Bleichen: Wo früher ein Parkplatz war, ist jetzt ein attraktiver Platz entstanden, und rund herum sind viele Geschäfte neu eröffnet worden.“

Fraktionskollegin Dorothee Martin betont zudem, dass auch große Impulse für die Stadtteil- und Bezirkszentren entstünden: „In Langenhorn etwa gibt es das Oxbid. In der Nähe entstehen viele Wohnungen, und das Einkaufszentrum macht sich mit dem BID fit für die Zukunft. Damit können kleine Nahversorgungszentren neues Leben eingehaucht bekommen und erhalten so Zukunftsperspektiven, die sie ohne die Gelder gar nicht mehr hätten.“

Ziel des BID-Gesetzes ist, Einzelhandelszentren, aber auch Gewerbe oder Dienstleistungen zu stärken. Unternehmer oder Vermieter von Ladenflächen sind oftmals bereit, für ein schöneres Entree hohe Summen auszugeben. Kritiker allerdings bemängeln, der öffentliche Raum werde so zum exklusiven Raum. Zwar bleibt er im Besitz der Stadt. Aber es besteht eine Grauzone: Die Geschäftsleute, die sich zusammengetan haben, dürfen den Raum gestalten – und etwa Hilfspersonal für ihre Kunden beschäftigen. Off geben sie nicht unwechselliche Summen für „Sicherheit und Sauberkeit“ aus.

Einer der schärfsten Kritiker ist Joachim Bischoff (Linke): „Es ist bezeichnend, dass das erste BID nach amerikanischem Vorbild 2005 in Hamburg beantragt wurde, wo nach neoliberaler Leitbild die Stadt als Unternehmen geführt wird. Private Wachdienste entscheiden, wer wo flanieren darf, wer sich öffentlich äußern, Flyer verteilen, demonstrieren und informieren darf. Der öffentliche Raum ist nicht mehr ein Ort für alle, hier werden die Menschen nach Kaufkraft sortiert. Freiräume gehen verloren. Deutschland ist nicht Amerika.“

Die Bildungstifterin

Ursula Nölle ist für den Deutschen Engagementpreis nominiert

■ Hamburgerin verhalf mit ihrem Verein „Afghanistan-Schulen“ 30 000 Kindern zum Abschluss

Ihr Engagement ist seit Jahrzehnten ungebrochen. 1984 gründete die Hamburgerin Ursula Nölle den Verein „Afghanistan-Schulen“, der sich für den Aufbau von Schulen und Weiterbildungsmöglichkeiten in dem vom Krieg gezeichneten Land am Hindukusch einsetzt. Jetzt ist die 86-Jährige nominiert für den Deutschen Engagementpreis, der freiwilliges Engagement in Deutschland sichtbar machen und ihm zu mehr Anerkennung verhelfen soll.

Eine unabhängige Jury wählte sie aus mehr als 1000 Kandidaten unter die letzten 20 aus. Wer den Publikumspreis erhält, darüber können die Bürger unter www.deutscher-engagementpreis.de im Internet abstimmen. Am 2. Dezember werden die Gewinner in Berlin bei einer feierlichen Preisverleihung bekannt gegeben. Sollte die Hamburgerin gewinnen, würde sie das Preisgeld in Höhe von 10 000 Euro für den Bau von Klassenräumen in einer afghanischen Grundschule verwenden. „Ich hatte nie damit gerechnet, dass ich unter die ersten 20 komme“, sagt Ursula Nölle.

Die alte Dame, die in der kommenden Woche ihren 87. Geburtstag feiert und mittlerweile Ehrenvorsitzende des von ihr gegründeten Vereins ist, reist weiterhin regelmäßig nach Afghanistan, um sich vom Fortschritt der Projekte zu überzeugen. Zuletzt war sie im April vor

Ort. Seit Bestehen des Vereins konnten mehr als 30 000 Jungen und Mädchen eine Schulausbildung erhalten, vielen konnte der Zugang zur Universität ermöglicht werden. So wurden insgesamt mehr als 35 Schulgebäude und ein Ausbildungszentrum mit Förderkursen zur Vorbereitung auf einen Universitätsbesuch sowie berufsbildende Kurse unter anderem in Englisch, Nähen, Tischlerei und Computerkenntnissen eingerichtet.

Stolz ist eine Kategorie, mit der Ursula Nölle nicht viel anfangen kann. Glücklicherweise ist sie über das, was sie geschafft hat. Dankbar für die Konstitution, die es ihr ermöglicht, und erfüllt von den Freundschaften, die sie auf dem Wege schließen konnte.

Es war in einem Flüchtlingslager an der Grenze zwischen Afghanistan und

Pakistan, dass Ursula Nölles Leben 1981 seine entscheidende Wende nahm. Zu Hause blickte sie bereits auf ein ziemlich erfülltes Leben mit ihrem Mann Hugo und fünf Kindern, acht gemeinsam in San Francisco verlebten Jahren und ihrer Arbeit als Turnlehrerin in Oststeinbek zurück.

Dennoch ließ sich die damals 58-Jährige zu einem Abenteuer überreden und trat mit ihrer ältesten Tochter ihre seit Langem erste Reise ohne Großfamilie an. Die Hamburgerin war bewegt, als sie im Flüchtlingslager die Kinder sah, denen „Lesen zu lernen wie eine göttliche Botschaft“ erschien und noch mehr, als sie hörte, dass der Betreiberin im vierten Kriegsjahr nach dem russischen Einmarsch das Geld ausging. Nölle entschloss sich zu helfen, gründete nach ihrer Rückkehr nach Deutschland den Verein und begann, Spendengelder zu sammeln. „Diese Entscheidung hat mein Leben umgekrempelt“, erinnert sie sich, auch wegen der vielen persönlichen Kontakte, die sie in Afghanistan schloss.

So viel Engagement hat auch andere schon beeindruckt: Nölle erhielt bereits das Bundesverdienstkreuz am Bande und erster Klasse, den Prix Courage und wurde vom Hamburger Senat ausgezeichnet. Die Ehrungen bedeuten ihr wenig, einmal abgesehen davon, dass sie die Preisgelder für ihre Projekte nutzen kann. Der Deutsche Engagementpreis wird vom Bündnis für Gemeinnützigkeit vergeben und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. *inga*



Ursula Nölle reist bis heute regelmäßig selbst nach Afghanistan

Kooperation für gesunde Herzen

Fachabteilungen schmieden Allianz

Herzschwäche zählt zu den häufigsten Todesursachen in Deutschland. Um die Versorgung der Patienten zu verbessern, haben die Hamburger Fachabteilungen jetzt im Sinne der besseren Patientenversorgung eine Allianz geschlossen: Mit dem „Hamburger Herztransplantationszentrum“ wollen die Albertinen-Gruppe, Asklepios Klinik St. Georg und das Universitätsklinikum Eppendorf (UKE) zusammenarbeiten. Albertinen-Herzzentrum, die Asklepios Klinik St. Georg sowie das Universitätsklinikum (UHZ) am UKE begleiten Patienten gemeinsam von der ersten Diagnose bis zur Therapie.

Dabei soll jeder Fall von mehreren Ärzten der verschiedenen Häuser gemeinsam besprochen werden, um so die bestmögliche Therapieoption in einem der Häuser umsetzen zu können. Dabei sind auch hausübergreifende Vertretungsregelungen und eine telemedizinische Vernetzung vorgesehen. Denn Erfolge in der Herztransplantation hängen wesentlich von der Qualität der medizinischen Behandlung der Patienten mit Herzschwäche vor der Organübertragung und der medizinischen Betreuung auf der Warteliste ab. Transplantiert wird ausschließlich im UHZ. 2011 fanden dort bereits 24 Transplantationen statt. *gs*